

HAMBURG/DEN 18. NOVEMBER 1921

WIRTSCHAFTSDIENST

DEUTSCHER VOLKSWIRT

HERAUSGEGEBEN VOM HAMBURGISCHEN WELT-WIRTSCHAFTS-ARCHIV

JAHRESPREIS BEI DER POST UND IM BUCHHANDEL 72 MARK :: IN KOMMISSION BEI OTTO MEISSNERS VERLAG/HAMBURG :: SCHRIFTLIETUNG: HAMBURG 36/ROTHENBAUMCHAUSSEE 5

FERNSPRECHER HANSA 2447-51 UND ELBE 5052

VI. JAHRGANG

NR. 46

Die neue Krisis

Wer die Zeit seit dem Abfall der Bundesgenossen, dem Waffenstillstandsgesuch der Reichsregierung, der Meuterei der deutschen Streitkräfte und der Einsetzung eines proletarisch-revolutionären Regimes wach und gespannt durchlebt hat, dem wird es schwer faßlich sein, daß seit dem Ausbruch jener von weither angelegten Krisis erst drei Jahre vergangen sein sollen. Es wird keinen Mann von Verantwortung geben, der an diese langen drei Jahre nicht mit Trauer und Grauen zurückdächte. Dennoch wird es in diesem Augenblick, wo eine neue Krisis von unabsehbarer Dauer und Größe sich anzukündigen scheint, an der Zeit sein, über dem vielen Dunklen, von dem die Geschichte zu reden haben wird, nicht zu vergessen, daß das deutsche Volk in diesen drei Jahren das Unwahrscheinliche geleistet hat. Es hat die Erschütterung seiner staatlichen Grundlagen, die Bedrohung seiner wirtschaftlichen Existenz, die Zerstörung seiner sozialen Ordnung und die Unterhöhnung seines politischen Willens ertragen, ohne zu zerbrechen, ohne den Glauben an sich zu verlieren und ohne sich an die lockenden Schemen des tatarischen Messianismus wegzuworfen. Es hat in dieser Zeit alle Untugenden bewiesen, die schon Tacitus aufgezählt hat, aber auch alle seine besten Kräfte. Nachdem die erste Verwirrung geschlichtet, eine notdürftige Ernährung gesichert und ein Mindestmaß von Ordnung und Klarheit geschaffen war, ist es an die Arbeit gegangen. Es hat keine Führer gehabt. Es ist bisweilen mit seinem Vertrauen verschwenderisch umgegangen. Es hat vielen Unfug gewollt und noch mehr Unfug geduldet. Aber es darf heute mit nicht geringem Stolz von sich sagen, daß es den ersten Stoß des Bolschewismus aufgefangen hat, mit nichts anderem als Waffe denn Vernunft, Wirklichkeitssinn und Ordnungswillen. Es darf auch darauf verweisen, daß ohne diese Tugenden die Inflation, die in drei Jahren eine Steigerung der Preise auf über das Zwanzigfache bewirkt hat, zu einer unheilbaren Desorganisation der ganzen Volkswirtschaft hätte führen müssen. Die Geschichte zeigt an den Beispielen ähnlicher Revolutions- und Zusammenbruchs-Inflationen, was alles hier, unter den schwersten äußeren Bedingungen, abgewendet worden ist. Das Ergebnis ist nicht die unvermeidliche Folge irgendwelcher abstrakten Wirtschaftsgesetze, sondern der in dieser Stärke kaum noch erhoffte Erweis einer tiefen Gesundheit des deutschen Volkskörpers.

Die furchtbare Frage der Stunde ist, ob all dies vergebens gewesen sein soll. Die Massen haben einer Regierung ihr Vertrauen geschenkt, die die Erfüllung der Forderungen des

Vertrages von Versailles bis zur Grenze des Menschenmöglichen zur Richtschnur ihrer Politik zu machen versprach. Diese Politik hat dazu geführt, daß die Mark, am Dollar gemessen, auf etwa ein Viertel des Standes vom Frühjahr dieses Jahres gefallen ist. Die Großhandelspreise haben sich mehr als verdoppelt, die Einfuhr von Rohstoffen und Fabrikaten stockt, die inneren Läger sind geleert oder unsichtbar geworden. Das Un-erträgliche aber ist die Gewißheit, daß die Teuerung weiter und weiter steigen und die Dämme zerreißen wird, wenn nicht in letzter Stunde die Flut gebannt wird.

Es braucht niemandem in Deutschland, aber auch nur wenigen Verständigen im Ausland noch gesagt zu werden, welche Mittel allein eine Katastrophe abwenden können. Wir haben die dringlichsten erst vor kurzem hier besprochen („W.-D.“ Nr. 43) und fügen nur an, daß die entschlossene Reduktion der Kriegsbtribute im Ausland jetzt nicht nur von Keynes und Cassel, sondern auch von Nitti und Asquith, Charles Gide und Wells vertreten wird. Es besteht kein Zweifel, daß Briand und Lolyd George der gleichen Ansicht sind. Man darf sagen, daß unter allen Menschen von klarem Verstand und einiger Wirtschaftskennntnis über diesen Punkt nur eine Meinung besteht. Aber man kann sich auch nicht verhehlen, daß diese Meinung privat und ohne Wirkung geblieben wäre, wenn die deutsche Regierung nicht den Versuch gewagt hätte, das Unmögliche zu verwirklichen. Das Ergebnis selber konnte jeder Student der Nationalökonomie im zweiten Semester im voraus feststellen. Da aber die Welt nicht durch Nationalökonomien, sondern durch ihre eigene Torheit belehrt zu werden wünscht, mußte die öffentliche Meinung sich durch den Gang der Dinge ad absurdum führen lassen.

Es ist von den Parteien, aber auch in den Kreisen von Kennern, die Frage aufgeworfen worden, ob es für Deutschland nicht an der Zeit sei, den Bankerott anzumelden. Diese Frage ist absurd. Der Bankerott braucht nicht angemeldet zu werden, denn er ist längst da. Das Reich ist nicht fähig, seine Ausgaben durch seine Einnahmen zu decken. Es schafft ein neues Deckungsmittel in Gestalt von Geldzeichen, deren Aufgabe (in Beträgen von anfangs einer, dann zwei, jetzt vier bis fünf Milliarden im Monat) die Preise, Löhne und Gehälter auf das Vielfache ihres Friedensstandes steigern läßt. In dem Budget, das auf 150 und mehr Milliarden angeschwollen ist, spielen die Zinsen für neunzig oder weniger Milliarden Krieganleihen keine Rolle mehr. Überdies erhält der Besitzer

zwar noch den versprochenen Betrag in nominalen Werteinheiten; aber er kann, bei einer Preissteigerung auf das Zwanzigfache, mit seinen 5 % Zinsen so viel kaufen wie ehemals mit $\frac{1}{4}$ %. Von den Gehältern der Beamten, zumal der mittleren, und oberen, ist das gleiche zu sagen. Man hat also lediglich die Form des Bankrotts geändert. Was bedarf es da noch einer Ankündigung?

Und die Kriegstribute? Bis zum Ende des ersten Reparationsjahres (Mai 1921—1922) sind noch mindestens eine Milliarde „Goldmark“ zu zahlen, in Dollar umgerechnet 250 Mill. \$, das heißt bei einem Kurs von 300 nicht weniger als 75 Milliarden *M.* Diese Summe ist indessen viel zu niedrig, da jeder Versuch, sich in den Besitz ausländischer Devisen zu setzen, den Kurs stürmisch in die Höhe treiben wird, so daß leicht mit dem Doppelten und Dreifachen dieses Betrages zu rechnen sein wird. Wir befinden uns in einem Zustand unbegrenzter Möglichkeiten von Unsinn, Verfall und Elend.

Es ist in dem Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, nicht bekannt, mit welchen Absichten der Reparationsausschuß nach Berlin gekommen ist, und noch weniger, welche Haltung die Reichsregierung einnehmen wird. Nach Veröffentlichungen, die von der Industrie ausgehen, scheint es, daß jene selbst die Kreditaktion der deutschen Wirtschaft angeregt hat, so daß in dieser nicht eigentlich ein spontanes Angebot zu sehen ist, sondern eine Antwort auf ein staatliches, wenn auch nicht amtliches Ersuchen. Es darf bezweifelt werden, daß die Form und die Bedingungen dieser Antwort von der Regierung vorausgesehen worden waren. Sie wird schwerlich damit gerechnet haben, daß durch Verpfändung der gesamten deutschen Industrie nur ein Anleihebetrag von etwa 250 Mill. \$ gedeckt werden kann — die nach dem Londoner Zahlungsplan in weniger als sechs Monaten aufgebracht sein müssen. Sie wird auch kaum erwartet haben, daß die Industrie als Bedingung die massive Gegenforderung des Verkaufs der Reichseisenbahnen (und weiter der Post) an ein privates Konsortium, unter Mitbeteiligung des Reiches und der Länder stellen würde. Vielleicht hatte sie sogar angenommen, daß die Organisation der Kredithilfe durch die Logik der Tatsachen zum Aufbau gemeinwirtschaftlicher Einrichtungen führen würde — und muß nun erfahren, daß die Aktion von der Industrie im Gegenteil als Hebel für die Entstaatlichung der größten Reichsbetriebe gedacht ist. Schwerlich wären dann je Motiv und Ergebnis einander unähnlicher gewesen.

Ob diese Industriepolitik an der Haltung der ausländischen Kapitalmächte, der Reparationskommissionen oder der deutschen Arbeiterschaft scheitern wird, ist im Augenblick nicht vorherzusagen. Unabhängig von ihrer Wirkung ist ihre Bedeutung als Symptom. Sie zeigt den Grad der Auflockerung unseres staatlichen Gefüges an. Wie in der Zeit vor der Entfaltung des modernen Steuerstaates die Bewilligung von Abgaben zum Gegenstand eines Handels zwischen Ständen und Regierung wurde, in dem staatliche Einnahmequellen gegen staatlichen Einfluß oder private Gewinnmöglichkeiten gesetzt wurden, so soll jetzt die Beschaffung der Reparations-Devisen abhängig gemacht werden von der Erfüllung wirtschaftspolitischer Forderungen und privatwirtschaftlicher Wünsche — und die einzige Schranke, die solchen Bestrebungen gezogen ist, liegt nicht in einem in sich ruhenden staatlichen Willen, sondern in der Macht einer anderen Klasse, die durch die beabsichtigte Regelung ihre eigenen Interessen verletzt sieht: der Arbeiterschaft. Wie viel stärker als der Staat heute die Klassen und ihre Organisationen sind, hat auch neuerdings die offene Erklärung des früheren preußischen Ministerpräsidenten Stegerwald gezeigt, daß seine Haltung als Ministerpräsident im wesentlichen bestimmt gewesen sei durch seine Beziehungen zu den „Christlichen Gewerkschaften“, die ihm wichtiger erschienen seien als die Verwirklichung bestimmter von ihm als richtig erkannten Forderungen der Gesamtpolitik. So wird das Staatsgebäude von innen abgetragen, wie es von außen durch die Durchführung des Versailler Vertrages unterhöhlt wird.

Denkt man sich diesen Prozeß noch um ein wenig fortgesetzt, so wird sich in unserem Staatswesen eine ähnliche Zersetzung vollziehen, wie bei dem Übergang des karolingischen Reiches in den Feudalstaat. Das Reichsgut wird verpfändet und verkauft, die Hoheitsrechte werden veräußert und verliehen, die zentrale Gewalt verliert an Würde und Kraft und wird endlich zum wesenlosen Schemen. Nur daß es an Stelle der Grundherrschaften und Städte Trusts und Gewerkschaften sind, die nun zu Trägern der wirklichen Macht werden. Mag man diese Entwicklung beklagen oder bejubeln: sie ist unabwendbar, wenn nicht das Volk sich stark genug zeigt, die Bildung eines staatlichen Gesamtwillens, gegen alle wirtschaftlichen Sonderwünsche, durchzusetzen; und wenn die Reparationsgläubiger nicht die Paragraphen des Versailler Vertrages abändern, die aus Betrug entstanden sind und ins Chaos führen.

Hamburg, den 14. November 1921

Kurt Singer

Die Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen

Die Sozialisierungskommission hat im Juli des Jahres in neun Sitzungen die allgemeine Wirtschafts-, Steuer- und Devisenpolitik erörtert und über das Ergebnis der Verhandlungen in einem ersten Band Bericht erstattet.¹⁾ Schon am 28. 7. wurde in vorläufiger Zusammenfassung eine nur von einer Mehrheit unterzeichnete Erklärung der Presse gegeben, die in ungefähren Linien eine künftige Produktions- und Steuerpolitik vorzeichnet.

Es wäre nun unbillig, schon jetzt den Sachgehalt der Verhandlungen zu prüfen, da ausdrücklich erklärt wird, daß die Kommission weit davon entfernt ist, ihre Arbeit für beendet zu halten. Aber eben deshalb mag es zweckmäßig sein, die

Methode zu betrachten, die dieser Untersuchung zugrunde liegt.

Nach dem „Erlaß, betreffend die Einberufung und Befugnisse der Sozialisierungskommission“ vom 15. 5. 20 (R. G. Bl. 1920, S. 981) hat die Kommission das Recht, „auf Grund ihrer Arbeiten der Reichsregierung Vorschläge zu gesetzlichen und Verwaltungsmaßnahmen gemeinwirtschaftlicher Art zu unterbreiten, sowie Anregungen zu einer wirtschaftlicheren und zweckmäßigeren Gestaltung der Reichs- und Staatsbetriebe, insonderheit der Post und der Eisenbahn zu geben.“ Der Ton dieses Mandates liegt offenbar auf dem (von uns gesperrten) Wort „gemeinwirtschaftlich“. Eine Beschäftigung mit der Reparation überschreitet, da sie heute der entscheidende Faktor unserer Wirtschaft ist, gewiß nicht den Aufgabenkreis der

¹⁾ Verhandlungen der Sozialisierungskommission über die Reparationsfragen. 1. Band. Verlag Hans Robert Engelmann, Berlin 1921. 388 Seiten. 77 *M.*